

kommt es denn auch, daß man, wie es in dem vorliegenden Berichte der Fall ist, mit Betrübniß wahrnehmen muß, daß da, wo es gerade dringend nothwendig wäre, so wenig gethan werden kann. Sehen Sie sich die Positionen an, wo es sich um Beförderung und Unterstützung der Industrie und der Landwirthschaft, der Sonntagschulen, der Bildung der niedern Volksclassen handelt: welche winzig kleine Summen, von denen man vorausweiß, daß damit gar nicht entschieden und durchgreifend geholfen werden kann. Man kann allerdings nicht gut für diese so nothwendigen Angelegenheiten etwas Erhebliches thun, weil die Verwaltung nicht vereinfacht wird. Eine solche Menge Beamte, wie bei dem Ministerium des Innern, und was sonst erforderlich ist, verschlingt die ganze Position, und kaum einige Hundert Thaler bleiben für das, was dem Lande eigentlich Nutzen bringen soll. Möge daher das Ministerium sich bald entschließen, den einzig möglichen Weg von Ersparnissen einzuschlagen, den Gemeinden ihre Selbstständigkeit wieder zurückzugeben, und Mittelbehörden zu entfernen, die nicht dazu beitragen, Ordnung im Lande und Vertrauen zur Regierung hervorzurufen, sondern gerade das Gegentheil dessen bewirken, was man von ihnen erwartet.

Staatsminister v. Friesen: Ich muß mir erlauben, den geehrten Abgeordneten auf Seite 170 der Motiven zu dem Staatsbudget zu verweisen; daselbst ist ausdrücklich bemerkt, daß die jetzigen Positionen für das Ministerium des Innern und die dazu gehörigen Behörden nach dem zeitherigen Bedürfniß bemessen worden sind, und daß es von den Einrichtungen, die künftighin bei der Organisation der Verwaltungsbehörden werden getroffen werden, abhängen wird, ob in dieser Hinsicht Ersparnisse eintreten können. Die Behördenorganisation muß sich wesentlich nach der materiellen Gesetzgebung richten, die im Lande besteht, und so lange diese nicht abgeändert ist, läßt sich auch in der Organisation der Behörden nichts ändern. Der geehrte Abgeordnete hat auf die Nothwendigkeit einer neuen Gemeindeordnung, die den Gemeinden eine größere Selbstständigkeit geben soll, hingewiesen; ich erlaube mir darauf zu bemerken, daß ich wiederholt Gelegenheit genommen habe, auszusprechen, daß eine Gemeindeordnung bereits in Arbeit begriffen ist, und wenn diese an die Kammern kommt, wird es Sache der Verhandlungen mit denselben sein, Grundsätze gesetzlich festzustellen, die, ohne dem Staatsinteresse in irgend einer Weise zu schaden, doch den Gemeinden die möglichste Selbstständigkeit gewähren. Es ist zu hoffen, daß auf diesem Wege auch ein Theil der Geschäfte, die zeither von den Staatsbehörden besorgt worden sind, den Gemeinden überlassen werden könne; ich glaube aber kaum, daß dadurch eine wesentliche Ersparniß im Allgemeinen erzielt werden kann, weil natürlicherweise mit dem Fortschritt der allgemeinen Bildung und Cultur überhaupt auch die Verhältnisse, die eine Thätigkeit der Regierung in Anspruch nehmen, nach andern Seiten hin sich immer mehr

vermehrten. Jedenfalls aber, glaube ich, wird der Wunsch, den der geehrte Abgeordnete hat, künftighin bei der Vorlage der Gemeindeordnung eine angemessene Berücksichtigung finden können. Jetzt hat die Regierung bei den Anschlägen, die sie den Kammern vorgelegt hat, sich nur auf das zeitherige Verhältniß beschränken können, weil sich natürlich in diesem Augenblick, ehe die neuen Gesetze mit den Kammern verabschiedet sind, nicht übersehen läßt, welchen Einfluß sie auf das Budget haben werden. Ich erlaube mir nur auf einen Punkt noch zurückzukommen. Der geehrte Abgeordnete äußerte, daß die Mittelbehörden, welche beständen, nicht dazu dienen, Vertrauen zur Regierung zu erwecken, sondern das Entgegengesetzte bewirken; dem muß ich entschieden widersprechen. Diese Behörden bestehen nach Maaßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Möglich, daß über die Zweckmäßigkeit der Einrichtungen an sich verschiedene Ansichten obwalten; darüber wird man künftighin Gelegenheit haben, sich auszusprechen; aber gegen eine solche allgemeine Behauptung, die nicht mit speciellen Beweisen belegt worden ist, muß ich die Behörden entschieden in Schutz nehmen und die Staatsregierung auch.

Abg. Kemmer: Es soll mich sehr freuen, wenn die Zusicherung, die der Herr Staatsminister soeben gegeben hat, in Betreff der zu gebenden Selbstständigkeit der Gemeinden, recht bald ins Leben treten wird. Allein das ist es eben, was ich beklage. Da wir vor beinahe fünf Jahren dasselbe Budget beriethen, auch damals hieß es: man hätte sich auf das Zeitherige zu beschränken gehabt, in der nächsten Zeit solle eine Umgestaltung erfolgen. Fünf Jahre sind vorübergegangen und sie ist nicht erfolgt, diese längst gewünschte Umgestaltung, und es werden vielleicht wieder fünf Jahre vorübergehen und sie wird immer noch nicht erfolgt sein. Wenn die Kammer über Geldbewilligungen zu berathen hat, da ist die Staatsregierung gleich zur Hand mit Versprechungen, an die sie nicht wieder denkt. In Betreff dessen, was der Herr Staatsminister darauf erwiderte, daß die Kreisdirectionen das Vertrauen zur Staatsregierung im Volke schwächen, wie ich behauptet habe, so kann ich ihm darüber kein Urtheil zugestehen. Im Volke muß man leben, um zu wissen, ob die Behörden Vertrauen erweckt oder Vertrauen haben oder nicht, und ich wiederhole nochmals: sie haben kein Vertrauen und werden keins erringen.

Präsident Cuno: Es hat sich Niemand weiter bei der allgemeinen Debatte zum Worte gemeldet. . . .

Regierungscommissar v. Weisenbach: Ich bitte um die Erlaubniß, zunächst eine allgemeine Bemerkung zu machen, die wesentlich auf das formelle Zahlenwerk, welches vorliegt, Bezug hat und wobei insbesondere das Finanzministerium theilhaftig ist. Die Staatsregierung hat sich bei ihren frühern Vorlagen darauf beschränkt, für alle Postulate eine Hauptcolonne aufzustellen und dieser für etwaige transitorische Ausgaben eine Nebencolonne beizufügen. Die frühern Stände-